

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dennis Gladiator (CDU) vom 18.10.13

und Antwort des Senats

Betr.: Ordnungsdienst als zusätzliches Opfer für den Zentralismus?

Durch die geplante Auflösung der Bezirklichen Ordnungsdienste (BOD) entfallen Ansprechpartner direkt vor Ort, die für mehr Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung in den Stadtteilen sorgen. Schon die bereits realisierten wie auch die beabsichtigten Zentralisierungen rücken die Verwaltung vom Bürger ab. Die SPD höhlt so schrittweise die Kompetenzen der Bezirke aus und schwächt die Möglichkeit der Bezirksämter, ihre eigenen Aufgaben wahrzunehmen. Jüngstes Beispiel ist die beabsichtigte Auflösung der BOD mit Verlagerung von Personal aus den Bezirken in zentrale Verwaltungseinheiten.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat:

- 1. Welche Stellenanteile (VZÄ) aus den jeweiligen Bezirken werden konkret in welche zentrale Verwaltungseinheit verlagert?*
- 2. Um welche vier Organisationen handelt es sich, auf die die Mitarbeiter und Aufgaben der BOD verteilt werden?*
- 3. Welche Aufgaben der BOD werden konkret auf zentralisierte Verwaltungseinheiten verlagert, welche verbleiben im Bezirksamt?*
- 4. Warum können diese künftig übertragenen Aufgaben nur zentral erfüllt werden, statt am Entstehungsort durch das zuständige Bezirksamt?*
- 5. Welche finanziellen und organisatorischen Folgen hat diese Verlagerung?*
- 6. Wer übernimmt die Aufgaben des BOD im Bezirk? Bitte detailliert ausführen.*

Die Bezirksamtsleitungen der sieben Bezirksämter haben die Bezirksversammlungen über ihre Pläne informiert, die Aufgaben der bezirklichen Ordnungsdienste neu zu ordnen. Bei der Entscheidung über die zentrale beziehungsweise dezentrale Wahrnehmung von Aufgaben ist nach der Landeshaushaltsordnung das Gebot der Wirtschaftlichkeit zu beachten. Im Übrigen siehe Drs. 20/9621.

- 7. Sind die Mitarbeiter der Fachämter „Management des öffentlichen Raumes“ beziehungsweise „Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt“, wenn sie ihre Aufgaben außerhalb des Büros wahrnehmen, für den Bürger in ihrer Funktion erkennbar?*

Wenn ja, wie?

Wenn nein, wieso nicht?

Dieses wird insgesamt in der Eigenverantwortung der Bezirksämter geregelt.

8. *Wie wird sichergestellt, dass das im Bezirksamt reduzierte Personal Aufgaben, für die Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung im Bezirk zu sorgen, wahrnehmen kann und das Bezirksamt in seiner Aufgabenerfüllung nicht geschwächt wird?*
9. *Wie sollen die Zuständigkeiten der zukünftigen zentralen Parkraumüberwachung und des zentralen Hundekontrolldienstes von denen der Fachämter Management des öffentlichen Raumes beziehungsweise Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt im jeweiligen Bezirk überschneidungsfrei abgegrenzt werden?*
10. *Wie wird vermieden, dass es gegenüber den zentralisierten Verwaltungseinheiten und bezirklichen Verwaltungseinheiten vor Ort zu Mehrfachstrukturen kommt?*

Hierzu wurden noch keine abschließenden Entscheidungen getroffen. Bei deren Vorbereitung wird auch auf eine Abgrenzung von Zuständigkeiten innerhalb der Bezirksämter sowie zu den anderen Behörden zu achten sein. Im Übrigen siehe Drs. 20/9621.

11. *Welcher Vorteil liegt in zentralen Verwaltungseinheiten gegenüber dezentralen am Ort des Geschehens?*
12. *Wie wird die Schwächung der Bezirksämter kompensiert, wenn sie als Folge der Zentralisierung den betroffenen Bürger hinsichtlich der eigenen Aufgabenerfüllung an entfernte Zentralverwaltungseinheiten verweisen müssen?*

Die Bezirksämter werden durch die Neuorganisation in ihren Kernaufgaben gestärkt. Im Übrigen siehe Drs. 20/7886.

13. *Warum wendet sich die SPD von der bürgernahen Verwaltung ab?*

Der Senat sieht in ständiger Praxis davon ab, zu Angelegenheiten von Parteien Stellung zu nehmen.